

Ein gutes Jahr für Energiekämpfe. Konzerne, EU und Bundesregierung bremsen die Stromwende.

Analyse und Kritik, No.592, März 2013

Bürgerwindparks, Solar-Genossenschaften und neue Stadtwerke – viele kleine Energiewenden haben die vier großen Energiekonzerne (EON, RWE, Vattenfall und EnBW) in den letzten 15 Jahren kräftig aufgemischt. Mit Sigmar Gabriels EEG- Reformvorschlägen für ein EEG 2.0 drohen die Ansätze einer dezentralisierten, auf erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung massiv geschwächt zu werden. Nach der Katastrophe von Fukushima ist Merkel auf den rollenden Zug der Antiatombewegung aufgesprungen: ob Deutschland jedoch seine AKWs durch Wind und Sonne ersetzt oder durch neue Kohlekraftwerke ist keineswegs entschieden.

Die Energiewende, genau genommen die Stromwende, ist ein erster kleiner Schritt zur Abkehr vom Fossilismus in Europa. Einen dezentralisierten, von einer breiten Akteursbasis (Genossenschaften, Stadtwerken, Bauern, Hausbesitzerinnen, etc.) getragenen Prozess gibt es bisher nur in wenigen Ländern, vor allem in Dänemark und Deutschland. Deshalb unterscheidet sich der Charakter des Ausbaus der erneuerbaren Energien von anderen europäischen Ländern, in denen die etablierten, fossilistischen Energiekonzerne auch Markt der Erneuerbaren dominieren.

Im Jahr 2013 wurden 25% des Stroms der BRD erneuerbar erzeugt, die großen Vier haben daran nur einen marginalen Anteil. Wenn sich die Ausbaugeschwindigkeit nicht verlangsamt, könnten die großen Vier ihre marktbeherrschende Stellung schon Anfang der 2020er Jahre verlieren, die Erneuerbaren würden dann bereits 50% des Strommarktes ausmachen. Der Angriff auf die Stromwende kommt im Jahr 2014 geballt aus mehreren Richtungen. Der EU-

Wettbewerbskommissar Almunia hat ein Prüfverfahren gegen das EEG eingeleitet, einerseits wegen der äußerst großzügigen Befreiung vor allem großer Konzerne von der EEG-Umlage, andererseits, und dieser Aspekt ist höchst problematisch, weil er die garantierte Einspeisevergütung als unerlaubte Beihilfe ansieht und sie durch den Zwang zu Direktvermarktung und

Ausschreibeverfahren ersetzt haben will. Während in diesem Punkt Übereinstimmung mit dem Entwurf des neuen Wirtschafts- und Energieministers Gabriel für ein EEG 2.0 besteht, hat dieser bereits in der Regierungserklärung angekündigt, für die Beibehaltung der Ausnahmen für die Industrie zu kämpfen.

Begründetes Strafverfahren gegen Industrierabatte

Der erste Versuch, die Energiewende per Brüssel auszubremsen ging schief. Im Jahr 2001 hat

Preussen Elektra Beschwerde gegen das EEG eingelegt. Brüssel entschied jedoch: das Erneuerbare Enerigen Gesetz (EEG) ist keine unerlaubte Beihilfe. Im Jahr 2012, ein Jahr vor der Springer Kampagne um Energiearmut und Strompreisabzocke, hat die schwarz-gelbe Regierung die EEG-Befreiungen massiv ausgeweitet. Seitdem ist die Liste der befreiten Unternehmen stetig gewachsen. Insgesamt umfassten die Industrieausnahmen im letzten Jahr gut 5 Milliarden Euro. Kann die auch billigeren Strom bekommen? Nein, denn das Hauptkriterium ist nicht was produziert wird, sondern die Höhe des Stromverbrauchs. Manche Fabrik ließ deshalb, so wird gemunkelt, über Weihnachten einfach die Maschinen laufen um in den Genuss der Rabatte zu kommen. Dass Almunia dagegen einschreitet ist völlig berechtigt. Bis zum Sommer muss die BRD reagieren, sonst könnte Brüssel Sanktionen verhängen. Gabriel möchte fortan die Industrieausnahmen auf 4 Milliarden Euro reduzieren. Das ist nicht sonderlich ambitioniert, aber Almunia hat schon wohlwollen signalisiert.

Almunia bläst zum Angriff

Parallel zur Eröffnung des Beihilfeverfahrens hat die Wettbewerbskommission begonnen, neue „Leitlinien“ auszuarbeiten, was künftig als Beihilfe gilt. Der bisherige Entwurf zielt klar gegen das bisher erfolgreiche EEG. Statt garantierter Einspeisevergütungen sollen die Mitgliedsstaaten Fördermodelle einführen, die auf Ausschreibungen und Zertifikatlösungen basieren. Solche Ansätze werden beispielsweise bereits in Großbritannien und Frankreich verfolgt, mit sehr mäßigem Erfolg. Die Umstellung der Förderung würde kleine Projekte massiv benachteiligen und einer Rezentralisierung der Energieversorgung den Weg bereiten.

Darüber hinaus zielt die EU darauf ab, auch Technologien, die für eine Verlängerung des fossil-nuklearen Zeitalters stehen, weiter zu fördern, zum Beispiel die Atomenergie, Fracking oder Kohlekraft/CCS (Carbon Capturing and Storage). Auch das gegenwärtig diskutierte Ausbauziel in Höhe von 27% für erneuerbare Energien bis 2030 ist wenig ambitioniert und wird nicht durch nationale Ausbauziele unterlegt. Neben den Angriffen aus Brüssel haben jedoch auch in der deutschen Energiepolitik Kräfteverschiebungen stattgefunden, die sich in Gabriels Entwurf für das EEG 2.0 widerspiegeln.

Energiepolitische Kräfteverschiebungen

Während vor einigen Jahren die Erneuerbaren als Zukunftsbranche galten, sind inzwischen zahlreiche Solarzellenhersteller insolvent. Auch die Projektentwickler, am prominentesten ist hierbei Prokon, befinden sich in der Krise. Gleichzeitig gelang es den großen Vier in Eintracht mit

dem BDI das Kostenargument ins Zentrum der energiepolitischen Debatten zu rücken und den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien als Gefahr für den Standort Deutschland darzustellen. Das Primat der Wettbewerbsfähigkeit in der exportabhängigen BRD zeigt sich auch an dem geringen Protest gegen die völlig ausgeufernten Industrierabatte. Eine zweite Kräfteverschiebung erfolgte mit der neuen Regierungskoalition. Während in den vergangenen Legislaturperioden das Umweltministerium, das traditionell den Ausbau der erneuerbaren Energien stark befürwortet, für die erneuerbaren Energien zuständig gewesen ist, ist die Energiepolitik in der neuen Regierung mit Sigmar Gabriel ins Wirtschaftsministerium gewandert, das traditionell den fossil-nuklearen Akteuren wohl gesonnen ist. Eine dritte Kräfteverschiebung hat in der SPD stattgefunden. Nach dem Tod Hermann Scheers im Oktober 2010, dem zweifellos profiliertesten Verfechter der erneuerbaren Energien in Deutschland, wurde der Umweltflügel der SPD massiv geschwächt. Die Kohle-Fraktion innerhalb der SPD um Hannelore Kraft konnte sich parteiintern zunehmend durchsetzen.

Das Jahr der Energiekämpfe

Allerdings ist die Umsetzung des EEG 2.0 keineswegs entschieden. Einige Landesregierungen legen sich quer. Zuvorderst schießt Schleswig-Holsteins Landesregierung gegen die Pläne, den Ausbau der Windenergie zurückzufahren. Die Ausbaupläne der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg wären mit dem EEG 2.0 nicht umsetzbar. Bayern und Thüringen fürchten um ihr Biogas und auch Mecklenburg ist skeptisch.

In jedem Fall ist 2014 ein gutes Jahr für Energiekämpfe. Da wären zunächst die zahlreichen Auseinandersetzungen um die Rekommunalisierung von Stadtwerken und den Betrieb der Stromnetze. Darüber hinaus gilt es, Energiegenossenschaften und den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranzutreiben. Nach dem Atomausstieg muss nun der Kohleausstieg gegen die großen Vier erkämpft werden. Im November fand in Berlin eine Demonstration für eine demokratische Energiewende mit 16.000 Teilnehmer_innen statt. Am 22.März wird in sieben Landeshauptstädten demonstriert und am 10.Mai folgt eine Großdemonstration in Berlin. Die demokratischen Energiewende in Deutschland verteidigen, heißt sie für Europa zu retten. Es bleibt viel zu tun!

Tobias Haas promoviert an der Uni Tübingen zur Entwicklung der erneuerbaren Energien im deutschen und spanischen Stromsektor.

Conrad Kunze forscht für die Rosa-Luxemburg-Stiftung über Energiedemokratie in Europa. Er ist

akademischer Wissenschaftler in Freiburg und Mitglied bei Gegenstrom Berlin.